

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 54 (1975)
Heft: 2

Artikel: "Wie es eigentlich gewesen ist"
Autor: Hürlimann, Alois
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338992>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Pro und Kontra

«Wie es eigentlich gewesen ist»

Dr. Fritz Roth geht in seinem Aufsatz davon aus, dass sich «in breiten Kreisen» eine Geschichtsmüdigkeit zeige, dass dagegen die Zukunftsforschung an «Wertschätzung» und «Anerkennung» gewinne und hält dann ein eigentliches Plädoyer für die «richtige Geschichte», die Geschichte «der unteren Schichten» und stellt fest, dass alle Zukunftsforschung ohne Kenntnisse des «Geschehenen» auf Sand gebaut sei («Profil» 12/74, S. 353 ff.).

1. Ein Problem der Bildungspolitik

Ohne Zweifel kennen wir die Geschichte der Bauernaufstände im Mittelalter ebensowenig genau wie die Geschichte der englischen Maschinenzerstörer aus der Zeit der ersten Industrialisierung um 1700 oder die Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung. In den einschlägigen Darstellungen steht vielleicht etwas über Greulich, etwas über den Generalstreik von 1918, aber dann wird doch lieber von dem «einen Volk» geschrieben, um nur ein Beispiel zu nennen.

Die bürgerliche Geschichtsschreibung war schon immer eine Schönschreiberei. Untersuchungen, «wie etwas gewesen ist», sind im allgemeinen an Ereignissen, die irgendwelche schriftliche Hinterlassenschaft aufweisen, vorgenommen worden. Und da ist doch erst einmal darauf hinzuweisen, dass bis weit ins 19. Jahrhundert hinein die Abhängigen, seien das nun Bauern, Leibeigene oder Hintersassen und Arbeiter gewesen, gar nicht lesen und schreiben konnten, also auch keine unmittelbaren *Materialien* schriftlicher Natur zurücklassen konnten, die über erlittene Unterdrückung oder über die Lebensweise Auskunft geben könnten. Dass die bürgerliche Geschichtsschreibung sich dadurch eines Untersuchungsgegenstandes enthoben sah, der ihr nicht bequem sein konnte, liegt auf der Hand.

Dazu kommt, dass «Geschichte», vermutlich seit es öffentliche Schulen gibt, immer dazu gedient hat, einer «staatserhaltenden Idee» einen «Background» zu verschaffen. Im Mittelalter war die Schule in den Händen der römischen Kirche. Wissenschaft war immer eine mit Theologie verbundene Angelegenheit. Die Macht der Kirche war gerade durch die *Schulung der Kader* in Klosterschulen und städtischen Lateinschulen beinahe unanfechtbar geworden. Daran änderte auch die Reformation Luthers nicht viel, geschweige diejenige von Calvin oder von Zwingli. Erst der Niedergang der Feudalherrschaft durch Misswirtschaft ermöglichte es dem aufsteigenden Bürgertum, seine Bildungsideale zu benennen. Man kann mit gutem Recht feststellen, dass diese Ideale bis heute die gleichen geblieben sind. Bildung

hat demnach die Bedeutung einer Grundlage der Macht. Das heisst, den Idealvorstellungen des Bürgertums entsprach es und entspricht es immer noch, dass Bildung «wertfrei» eine Grundlage des Wissens zu sein hat. Und Wissen wiederum ist die Grundlage von Einsicht in Probleme und deren Lösung. Damit aber hat man im letzten Jahrhundert (zum Beispiel) noch jedes Zensuswahlrecht begründet oder jeden Vorstoss der Arbeiterschaft zur Gleichstellung unterdrückt.

Wie dann aber die Arbeiterschaft durch Kämpfe, nicht zuletzt aufgrund eines grossangelegten Bildungswerkes, durchgeführt von Parteien, Gewerkschaften und Einzelpersonen, wie etwa Felix Brupbacher in Ausser-Ischl, ihre Macht manifestierte, brachte es das Bürgertum fertig, die «höchsten Stufen» seiner Bildungshierarchie fest in eigenen Händen zu behalten: die Mittelschule und die Hochschule. Den Arbeitern, ja den Lohnbezüglern ganz allgemein wurde zwar eine Volksschulbildung und eine gewisse Fachausbildung «gewährt», mehr aber nicht. Die Lehrerbildung zum Beispiel ist heute (in der Schweiz) fest in der Hand fortschrittsfeindlicher Kräfte, die Hochschullehrer sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, einer geradezu undemokratischen Feudalordnung hörig. Die Forschung lebt zu grossen Teilen von Aufträgen der Privatwirtschaft oder des bürgerlichen Staates und steht deshalb auch unter dem Einfluss dieser Einrichtungen.

In der Volksschule nun hat der Geschichtsunterricht eine zentrale Funktion als Ideologielieferant. Geschichte, das ist die Aussage über die «Entwicklung der Schweiz», ist «staatsbürgerlicher Unterricht». Die «Schweizergeschichte», das ist, den Aussagen von Dr. Roth zum Trotz, im allgemeinen immer noch Wilhelm Tell, die Schlachten am Morgarten, bei Sempach, bei Näfels, ist Hans Waldmann, Niklaus von der Flüh und Zwingli. Und wird dann zum «Ringgen gegen die Franzosen», wird zum immer wiederholten Heldenepos «Schweiz». Dass darin innergesellschaftliche Vorgänge keinen Platz finden, ist kaum verwunderlich. Denn «die Schweiz» muss eine aus einem Guss bestehende Figur sein, vorbildlich in ihrer Entwicklung, widerspruchsfrei, sonst eignet sich diese Figur nicht als Ideal, nicht als «*Ideologie*».

Diejenigen aber, die «Geschichte» lehren, Primarlehrer wie Universitätsprofessoren, lehren völlig auf der Grundlage der bürgerlichen Geschichtswissenschaft. Dies zu ändern bedarf einer Bildungsreform. Und da muss man feststellen, dass viele Sozialdemokratische Parteien sich viel zu stark in eine innerbürgerliche Auseinandersetzung eingemischt haben und eigene Forderung nun nur noch mühsam vorbringen können. (Erinnert sei etwa an die Auseinandersetzungen um die sogenannten «Richtlinien» in der BRD oder an die Schwierigkeiten, die Berufsbildung neu zu überdenken usw.)

2. Schichten oder Klassen?

Die bürgerlichen Geschichtsschreiber bemühten sich also nicht sonderlich um die Geschichte jener, die man als den «unteren Schichten zugehörig» bezeichnet, also der Arbeiterklasse. Da zeigt sich nun ein zugleich terminologisches wie auch methodisches Problem an. An einem Beispiel lässt es sich beleuchten:

Soll der Geschichtslehrer die Geschichte der Arbeiter*klasse* behandeln? Oder soll er die Geschichte der «industriellen Revolution» behandeln? Oder die Geschichte der Entwicklung der «Nationalstaaten», um Bezeichnungen einer gleichen Epoche zu nennen.

Der Geschichtslehrer kann von der «industriellen Revolution» reden, ohne allzu viele Sätze über die Arbeiterfrage zu verlieren, dafür aber von «Pionieren», «Erfindern und «Staatsmännern» erzählen, die zum Beispiel «Fortschritt» in die Wege geleitet hätten. Er kann Begriffe wie «Kapital», «Kapitalismus» oder «Klassengesellschaft» völlig ausser acht lassen. Wenn man die Geschichtsbücher der Oberstufe ansieht, so gab es kaum «Klassenkämpfe», wenn schon, dann waren «Agitatoren», «Verführer» usw. am Werk und haben eine «gewisse Notlage» auszunützen versucht.

Man bemerkt im westlichen deutschen Sprachgebiet eine geradezu komische Angst vor einem Begriff wie «Klasse». «Klasse», das impliziert Marxismus, impliziert Kommunismus, impliziert Klassenkampf. Den Begriff «Klasse» umgehen auch manche Sozialdemokraten wie den sprichwörtlichen «heissen Brei». Und das wohl nicht ohne Grund. Die bürgerliche Presse nämlich, gestärkt durch «Vernunft», die sie sich seit je selbst zuschreibt, hat schon vor 100 Jahren betont, dass «Klassenkampf» nichts sei für eine erspriessliche Entwicklung der Industriegesellschaft. «Klassen» gäbe es nicht, solcherlei sei eine Erfindung von Marx und den bösen Sozialisten, die «den Staat, seine Verfassung und seine Institutionen» verändern oder gar umstülpen wollten. Folgerichtig wird in der bürgerlichen Geschichtsschreibung «Klassenkampf» häufig als nicht existent übergangen oder als Unsinn «entlarvt» und abgetan. Und heute braucht man lieber Begriffe wie «untere Schichten», um zum Beispiel die Arbeiter im Geschichtsgebäude zu orten. Anders gesagt: «Der Staat» wird nicht als Schöpfung der Mächtigen dargestellt, sondern als etwas wie eine Haut um die Gesellschaft, als etwas Allumfassendes. Seine Geschichte soll eine Art «immer schon dagewesen» sein, sich als eine kontinuierliche Entwicklung darbieten, die in grauer Vorzeit begonnen hat und andauern wird. Wenn sich nun aber im Laufe einer solchen Geschichte «der Staat» nicht für alle seine Bewohner als so vorteilhaft erwiesen hat, wie das erzählt wird, ergeben sich Widersprüche. Da es nicht im Interesse der Mächtigen ist, dass dieser Staat und seine Geschichte als Teil – oder Menschenwerk erkannt wird, müssen diese Widersprüche verdeckt werden. Eben dies ist die Aufgabe des Geschichtsunterrichtes an den Volksschulen. «Klassengegen-

sätze» stören da nur. Also lässt man sie weg, besser, man nennt solche Begriffe schon gar nicht mehr. Viele Linke haben sich diesen Sprachregulierungen angepasst und sprechen nun auch von «Schichten» und dergleichen mehr. *Dass damit auch eine Betrachtungsweise übernommen worden ist, die ein «oben» und ein «unten» mit einschliesst und somit eine bestimmte Ordnung bei Forschung und Lehre, sei nur nebenbei bemerkt.* Statt die Begriffe aus der eigenen Geschichte zu verwenden, haben viele Sozialdemokraten also die Sprache der Gegner angenommen. Dadurch entstand tatsächlich so etwas wie «Gemeinsamkeit» in der Sprache, was auch mit zu einer Gemeinsamkeit in der Beurteilung anstehender gesellschaftlicher Probleme führen kann.

Dr. Roth hat geschrieben: «Die Geschichte lässt sich nicht einfach verabschieden. Sie ist präsent, wirkt in die Gegenwart, bestimmt Denken, Fühlen, Verhalten und Handeln von Völkern, Gruppen und einzelnen mit.»

Natürlich, möchte man ausrufen. Aber es fragt sich eben, ob «Gesamtdarstellungen» oder die so vielzitierte «Ausgewogenheit» einer Darstellung die richtigen Methoden sind. «Ausgewogenheit» oder gar «Objektivität» sind Lieblingsschlagwörter des Bürgertums. Dass damit auch das Verdecken von Widersprüchen beabsichtigt wird, ist kaum von der Hand zu weisen. Wenn man nun hinget und zu streiten beginnt, was «Objektivität» denn nun eigentlich sei, dann endet solcher Streit mit ziemlicher Sicherheit in einem unverständlichen Schattenboxen einiger Fachleute. Und diejenigen, die etwa «Geschichte» lehren, werden sich in vielen Fällen hüten, Anlass zu Streit zu geben.

Wenn man sich aber auf einen Streit um den Begriff «Objektivität» nicht einlässt und darauf beharrt, dass Unterdrückung zum Beispiel eben Unterdrückung ist und bleibt, oder dass die einen Besitz zu verteidigen haben, die anderen aber (zum Beispiel) wegen der fortschreitenden Teuerung auf eine angemessene Teuerungszulage angewiesen sind, oder dass in der Geschichte auch das Aufdecken innergesellschaftlicher Widersprüche zur Wissenschaft gehört, dann ist es eben möglich, die Begründung, dass Bestehendes nicht einfach gut ist und Änderung nicht einfach schlecht, einsichtig zu gestalten.

3. Gegenstände der Geschichtsforschung und des Geschichtsunterrichtes

Dr. Roth hält ein «Plädoyer für eine „unnütze“ Wissenschaft» und hat das berühmte Brecht-Zitat «Wer baute das siebentorige Theben» vorangestellt, hat es aber unterlassen, diese «Wissenschaft» auch genauer zu umschreiben. Der sogenannte Wissenschaftsbegriff des Bürgertums steht dem auch entgegen. Es wird immer so getan, als sei es eine objektive Angelegenheit, Wissenschaft, also auch Geschichtswissenschaft zu betreiben,

So, als würde diese Geschichtswissenschaft jene Unterlagen zur Veränderung oder Verbesserung gesellschaftlicher «Institutionen oder Strukturen» jedermann offen darlegen. Dem ist aber nicht so. Denn die Gegenstände, mit denen sich die Geschichtswissenschaft beschäftigt, sind Ereignisse. *Ereignisse aber sind interpretierbar.* Vor allem die deutsche Geschichtswissenschaft der bürgerlichen Hochschulen war diesbezüglich den «herrschenden Umständen» schon immer recht willfährig, nicht nur zur Nazizeit. Ranke war in grossem Stil eben vor allem ein Geschichtsschreiber, und Burckhardt war es, der an seine Forschungsgegenstände zum vorneherein Massstäbe angelegt hat, die er allerdings ehrlicherweise nicht als «objekt» bezeichnete. Das ist eben eine der Schwierigkeiten von «Geschichtswissenschaft». Sie gibt sich gerne «wertfrei», gibt gerne vor, akribisch den «Ereignissen» nachzugehen. Bei genauerem Hinsehen aber bemerkt man doch grosse Lücken. Etwa das ziemlich völlige Fehlen einer lesbaren «Sozialgeschichte» oder das Fehlen eines Lehrstuhles für «Arbeitergeschichte», das Fehlen eines Lehrauftrages für «materialistische Geschichtswissenschaft», währenddem vielleicht gleich drei oder vier Lehrstühle für die Geschichte des Mittelalters eingerichtet sind, ohne dass man über den Wissenschaftsbegriff der dort lehrenden Professoren je einmal etwas Genaueres gehört hätte.

Oder man vernimmt mit Erstaunen, dass ein schweizerischer Verlag es trotz abgeschlossener Verträge abgelehnt hat, Texte aus der schweizerischen Arbeiterbewegung nebst einer Einleitung herauszugeben, weil ein Zürcher Geschichtsprofessor mit Hilfe des Wörtchens «nicht wissenschaftlich» beim Verlag gegen die Herausgabe interveniert hatte. Der Professor kannte allerdings den Inhalt des Manuskriptes nicht! «Nicht wissenschaftlich» ist demnach die Herausgabe von Texten, die von Gewerkschaftern oder Arbeitern stammen, während die Edition allfälliger Tagebücher eines Kämmerers bei der Kaiserin Soundso von Österreich bestimmt mit aller Ehrfurcht gewürdigt würde. Nicht alle Untersuchungsgegenstände, also in der Geschichte nicht alle Ereignisse scheinen demnach wissenschaftswürdig zu sein. Jene Ereignisse wohl nicht, die über die oben beschriebenen Widersprüche Auskunft geben.

Wenn Dr. Roth fordert, Geschichte sei als eine Art Sozialgeschichte weiterzuführen, dann muss eine solche Forderung auch die Beschreibung, welche Forschungsmethoden, welcher Wissenschaftsbegriff er denn meine, beinhalten. Davon liest man allerdings in dem Aufsatz kein Wort. Anders gesagt: Die Erforschung luzernerischer Patriziergeschlechter des 17. Jahrhunderts ist nämlich nicht unbedingt eine sozialgeschichtliche Tätigkeit, dann nicht, wenn die Erforschung in der bekannten Art betrieben wird, dass man zur Absicherung von Thesen mit Vorliebe auf Autoren, die früher über die gleichen oder ähnliche Themen geforscht haben, zurückgreift, damit irgendein «wissenschaftlicher Apparat» stimmen mag.

Geschichte ist nicht bloss «Geschichte». Dr. Roth hat dies beschrieben. Zuzufügen ist, dass «Geschichtswissenschaft» nicht unbedingt gleich «Geschichtswissenschaft» ist.

Methoden und Terminologien mögen, wie hier darzustellen versucht wurde, als Beispiel dienen. *Es ist deshalb eine Geschichtsforschung zu fordern, die endlich die ungenauen Wissenschaftsbegriffe, wie sie an schweizerischen Hochschulen gang und gäbe sind, überwindet und auch die materialistische Geschichtswissenschaft zulässt. Nur damit wird es möglich sein, eine vernünftige Sozialgeschichte auch Lehrern und damit Schülern bekannt zu machen.*

Alois Hürlimann

Ich glaube, dass sozialistische Lehrer und ihre Organisation sich unter anderem mit der folgenden Frage vordringlich zu befassen hätten:

Verhältnis des sozialistischen Lehrers zur gegenwärtigen Gesellschaft. Dieses Verhältnis kann sich nicht darin erschöpfen, dass er sagt: Die sollen mich erst einmal besser bezahlen (obwohl dies wünschenswert und gerechtfertigt ist). Auch mit der Forderung nach diversen Schulreformen (auch diese wünschenswert und gerechtfertigt) ist es nicht getan.

Der sozialistische Lehrer muss sich klar werden durch eine möglichst gründliche Analyse der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, dass diese ihn in eine Rolle hineinzwingt, der er sich nicht entziehen kann und die er dennoch unterlaufen muss: beeideter Diener dieser bestehenden Ordnung.

Wie kann er dieser Rolle – wo nicht zur Gänze, so doch zu einem wichtigen Teil – entinnen? Indem er Demokratie beim Wort nimmt und folglich die Kluft aufzeigen kann, die da besteht zwischen Demokratie und dieser gegenwärtigen Ordnung. Die konservative Forderung lautet: Demokratie ist, was wir gegenwärtig haben, keineswegs mehr, eher noch ein Stück weniger (jedes Stück mehr ist schon Linksextremismus, Bolschewismus, Anarchismus). Demgegenüber muss der sozialistische Lehrer die Demokratie als einen nach vorne – zur Zukunft hin – offenen Prozess vermitteln: Demokratie heisst ständige Veränderung, Demokratie heisst nicht Demokratie, wie sie ist. *Demokratie heisst immer mehr Demokratie.*

Günther Nenning in «Rot und realistisch»
